

**Pastor Edwin Jung MA, Präses der Freien Christengemeinden in Österreich,
Stvt. Vorsitzender der Freikirchen in Österreich und Gemeinleiter in der FCG
Braunau**

„Religion und Staat im Brennpunkt“ Tagung zum Thema „**Religion und Politik angesichts neuer Herausforderungen mit Blick auf Umwelt, soziale Nöte, ethisches Handeln und Migration**“ 21.–22. Mai 2025

EINLEITUNG

Wir stehen heute vor enorm großen Veränderungen, die unsere Regierungen massiv herausfordern. Nicht, dass es dies nicht immer schon gab, auch das 20. Jahrhundert hat vieles geopolitisch und gesellschaftlich verändert, jedoch sind wir heute neben den „alltäglichen“ Herausforderungen wieder mit neuen geopolitischen Machtspielen und Machthabern konfrontiert, die die innere Sicherheit der Länder und den Weltfrieden gefährden. Ebenso große, komplexe Fragen, die uns als Religionsgemeinschaften beschäftigen müssen. Als Religionsgemeinschaften und als Kirchen stehen wir seit Jahrhunderten in einer ambivalenten Beziehung zum Staat. Entweder wurden Religionsgemeinschaften – in Europa und Österreich, speziell die vorherrschende christliche Kirche – für Zwecke des Staates missbraucht oder einer unbedeutenden Rolle zugeteilt. Oder wie es Erzbischof Franz Lackner, Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz, in einem Interview zu Ostern 2025 formulierte, im Blick auf die USA:

„Wir können in den USA gut sehen, wie einerseits die Religion die Politik zu prägen vermag, wie sie aber andererseits auch von ihr instrumentalisiert werden kann.“¹

Mit etwas Stolz darf man sagen, dass es in Österreich vonseiten der Regierung(en) in den letzten Jahren ein vermehrtes Zugehen auf die Religionsgemeinschaften gibt und Kooperationen in Gesellschaftsthemen gesucht werden, ohne jemanden dabei zu vereinnahmen. Um diesen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effektiv zu begegnen, braucht es zwischen der Politik und den Religionsgemeinschaften ein fruchtbare Miteinander.

Welche Herausforderungen entstehen in den gestellten Themenbereichen:

¹ „Kronenzeitung – Salzburg Krone“ (19.4.2025), S. 18.

Welche Herausforderungen entstehen für uns Kirchen? Wie gehen wir damit um? Wie können die Religionsgemeinschaften (die KIRCHEN) die Politik darin unterstützen? Und wie können beide sich darin bedingen? Zunächst braucht es von beiden Seiten Vertrauen. Gerade diese höchst gesellschaftlichen Bereiche bedürfen einer gesunden, vertrauensvollen Partnerschaft in Augenhöhe. Diese Themen betreffen alle, nicht nur einen Teil der Gesellschaft. Und dies kann nur gemeinsam zu einem guten Ergebnis führen. Als im März 2020 der „Coronavirus“ ausbrach, trat Angela Merkel, damalige Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, vor die Kamera und meinte:

„Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst. Seit der Deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt.“²

Der „Coronavirus“ ist nur eine Herausforderung, der wir uns als Gesellschaft stellen mussten. In den letzten Jahren sind wir mit vielen Mega-Herausforderungen konfrontiert, die als einzelner Staat nicht bewältigbar sind, auch nicht allein durch die Politik, sondern es einer großen Anstrengung bedarf, gemeinsam als Politik und Religionsgemeinschaften sowie der gesamten Gesellschaft, Hand anzulegen und miteinander die Herausforderungen anzugehen. In einer Studie, die aus der Umfrage „Was glaubt Österreich“ hervorging, wird ersichtlich, dass Religion, Glaube und Sinn des Lebens einen hohen Stellenwert bei den Menschen in Österreich einnehmen. Obwohl Religion heute weniger im institutionellen Sinn anerkannt wird, „wird bei der Frage nach konkreten Glaubensvorstellungen von vielen auf traditionelle religiöse Konzepte und Überzeugungen zurückgegriffen.“³ Das heißt unter anderem, dass die Politik sehr gut darin beraten ist, die Religionsgemeinschaften als Partner für gesellschaftliche Fragen und Herausforderungen mitzubedenken.

Einige dieser großen Themen wurden für diese Tagung gewählt:

1. Unsere UMWELT

Selbst Religionsgemeinschaften, bzw. Kirchen, gehen damit unterschiedlich um. Für die Freikirchen in Österreich hat das Thema Umwelt und Schöpfung in der Regel eine hohe Priorität. In der Regel, weil es auch wenige Ausnahmen gibt, die dieser Schöpfung weniger Wert beimessen, insbesondere des

² Merkel Angela, Merkels Ansprache im Wortlaut, in: <https://www.sueddeutsche.de/politik/angela-merkel-rede-coronavirus-wortlaut-1.4850582> [abgerufen am 18.4.2025]; Hervorhebung: E.J.

³ Forschungszentrum "Religion and transformation in Contemporary Society, „Was glaubt Österreich? Ein Interdisziplinäres Mixed-Methods-Projekt zu Sinn-, Wert- und Glaubensvorstellungen. Zwischenbericht Stand (31.5.2024), in:

https://wasglaubtoe.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_wasglaubtoe/Was_glaubt_OEsterreich_Bericht_Qualitativer_Teil.pdf [abgerufen am 18.4.2025].

weltweiten Klimawandels aufgrund einer Theologie der „Neuschaffung dieses Planeten“. Was den globalen Klimawandel betrifft, mag es unterschiedliche Zugänge und Meinungen geben. Doch der Mehrheit der freikirchlichen Christinnen und Christen ist die Umwelt, die Schöpfung etwas Heiliges, Unantastbares. Die Bemühungen der Politik, unseren Planeten lebenswerter und vor allem „zukunftssicherer“ zu machen, mag lobenswert sein. Oftmals entpuppt sich jedoch, dass politische Parteiinteressen im Vordergrund stehen. Als Christinnen und Christen soll es unser Anliegen sein, diese Erde – die einst wunderbare und einzigartige Schöpfung Gottes – zu bewahren und mit ihr im Einklang zu leben. Bereits das erste Menschenpaar hatte den großartigen Auftrag, diese Erde zu bebauen und zu bewahren (Gen 2,15). Der Apostel Paulus schreibt davon, dass diese herrliche Schöpfung der Vergänglichkeit unterworfen ist, nicht weil sie dazu bestimmt war, sondern weil der Mensch offensichtlich etwas verwechselt hat. Statt diese Erde zu bewahren, wurde und wird sie ausgebeutet. Und doch besteht Hoffnung, denn Gott ist ein Erschaffer- und Erhalter-Gott, dem der Mensch und die gesamte Schöpfung am Herzen liegt.⁴

Wichtig für uns als Freikirchen ist, dass wir uns diesem Thema mehr annehmen und unseren Fokus – neben dem prioritären Thema des persönlichen Heils in Christus – auf das Heil und Wohlergehen der Umwelt weiter zu spannen. Die Frage ist, wie können wir in unserer Lehre und im praktischen Leben Menschen dahingehend prägen, ihre Umwelt ernster zu nehmen? Ein ganz praktisches Beispiel ist, Fahrgemeinschaften zu bilden. Die Freikirchen sind auch dafür bekannt, dass ihre Mitglieder und Gottesdienstbesucher aus einem größeren Einzugsgebiet kommen, und weniger aus dem lokalen Bereich.

2. SOZIALE NÖTE – HERAUSFORDERUNGEN

Es ist kein Geheimnis, dass die wirtschaftlichen Herausforderungen in den nächsten Jahren einen neuen Zenit erreichen werden. Die sogenannte „Wohlstandsgesellschaft“, die offenbar in den 50er Jahren vom damaligen Bundeskanzler der BRD Ludwig Erhard, in seinem Buch „Wohlstand für alle“⁵ proklamiert wurde, zeigt immer mehr Risse, die bereits vorhanden waren, aber immer tiefer und sichtbarer werden. Soziale Nöte gibt es, seit es Menschen gibt. Selbst Jesus, der Sohn Gottes, spricht dies schonungslos aus, Matthäus berichtet davon: „.... *die Armen habt ihr allezeit bei euch ...*“ (Mt 26,11 ELB). Bereits im Judentum, zur Zeit des Alten Testamentes, war der Anspruch Jahwes an sein Volk, ein Anwalt für die Schwachen und Hilfsbedürftigen Menschen zu sein. Wir lesen z. B.:

⁴ Vgl. Röm Kap. 8

⁵ Erhard Ludwig, „Wohlstand für Alle“, Düsseldorf: Econ Verlag 1957.

„Öffne deinen Mund für den Stummen, für den Rechtsanspruch aller Schwachen! Öffne deinen Mund, richte gerecht und schaffe Recht dem Elenden und Armen!“ (Spr 31,8.9 ELB).

„Schafft Recht dem Geringen und der Waise, dem Elenden und dem Bedürftigen lasst Gerechtigkeit widerfahren!“ (Ps 82,3 ELB).

Die Diakonie oder tätige Nächstenliebe waren bereits in der apostolischen Zeit des ersten Jahrhunderts ein Zeugnis in der heidnischen Umgebung. Die erste Kirche in Jerusalem erkannte die soziale Not unter den Witwen und Waisen und setzte dafür Diakone ein⁶. Dieser Dienst an den Schwachen und Hilfsbedürftigen Menschen erstreckt sich über die gesamte christliche Kirchengeschichte, bis in unsere Zeit. Aus der Zeit zwischen 200 und 250 nach Christi wird eine interessante Geschichte überliefert. Damals gab es eine große Epidemie im römischen Reich. Ein Drittel der Bevölkerung starb in dieser Zeit. Die Christinnen und Christen waren geächtet und wurden verfolgt. Der Kaiser Decius wollte sie wieder zu Heiden machen und sie waren der Verfolgung ausgesetzt. Für die Nachfolger Jesu war es ganz normal, ihren kranken und schwachen Geschwistern diakonisch zu dienen, die in ihrer Gemeinschaft lebten. Während der Epidemie fingen sie jedoch an, nach außen zu wirken. Die Kranken, die zum Sterben auf die Straßen gelegt wurden, wurden nun von den Christinnen und Christen versorgt. Sie kümmerten sich um sie, bis dahin, dass sie ihnen, wenn sie starben, eine würdevolle Beerdigung ausrichteten. Dem Kaiser Decius blieb das nicht verborgen und sah, was die Christen, die er verfolgte, taten. Zu seinen Leuten sagte er: „Wenn wir das nicht auch so tun wie die Christen, dann sind wir verloren.“⁷ Dieser Dienst der Nächstenliebe wird meines Erachtens in den nächsten Jahrzehnten eine größere Herausforderung in unserem Land werden. Die staatliche Unterstützung bricht zusehends weg, die Finanzierung des Sozialstaates ist nicht mehr finanzierbar. Hierin werden die Religionsgemeinschaften – und nicht nur die christlichen Kirchen – gefordert sein, einen großen Teil beizutragen.

Eine engere Kooperation mit der Regierung und den staatlichen Stellen wird nötig werden. Die Religionsgemeinschaften, die Kirchen – und auch wir als Freikirchen – sind herausgefordert, ihren Fokus noch stärker auf ganzheitliche Heilung und Versorgung bedürftiger Menschen zu legen. Gerade die Religionsgemeinschaften, insbesondere die christlichen Kirchen, sollen von ihrem Selbstverständnis her eine Anlaufstelle für Menschen sein, die im Leben nicht zurechtkommen. Nicht nur in praktischer Hilfe, sondern in ihrer Spiritualität. Glaube gibt dem Menschen Halt und Perspektive für das Leben. Hier müsste die Politik die Religionsgemeinschaften viel mehr unterstützen, indem sie die Wertigkeit der

⁶ Vgl. Apg 6.

⁷ Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Roland Werner (8.5.2025), Karlsbad.

Religion – in unserem Land besonders der christlichen Kirchen – hervorhebt und mehr Respekt ausdrückt.

3. ETHISCHES HANDELN

Unser österreichisches „Demokratieverständnis“ ist tief geprägt von biblischen Werten. Die römisch-katholische Kirche, sowie später die Reformation, haben immer noch einen großen Einfluss auf unsere Gesetzgebung. Zurückgehend auf die 10 Gebote, die Gott seinem Volk, den Juden, gegeben hat, bis hin zu der phänomenalen Bergpredigt des Rabbi Jesus, die vielen Menschen als Leitlinie für ihr Leben dient, ist ethisches Handeln durchaus eine christliche Tugend. Der indische Philosoph Vishal Mangalwadi schrieb in einem bemerkenswerten Buch, „Das Buch der Mitte“, geprägt von seinem indischen Background: „*Der moderne Westen wurde von Menschen geprägt, deren Leben auf ihrem Glauben an das Göttliche, Wahre und Ehrenwerte beruhte.*“⁸ Er zeigt in seinem Buch auf erstaunliche Weise auf, wie sehr die jüdisch-christliche Religion die Entwicklung und die Ethik der westlichen Welt, insbesondere Europa geprägt und gefördert hat. Europa wäre nicht so weit entwickelt ohne die christlichen Werte. Der Theologe und Ethiker Thomas Schirrmacher schreibt in einem Band seiner Ethikreihe: „*Ethik ist die Lehre vom richtigen und falschen, vom guten und bösen Denken und Handeln. Die christliche Ethik ist so untrennbar mit dem christlichen Glauben insgesamt verbunden, daß (sic) sie als losgelöste Größe gar nicht bestehen kann.*“⁹ Als Christinnen und Christen der freikirchlichen Bewegung ist die Bibel höchste Autorität unseres Lebens und Handelns, und somit Lebensrichtlinie unserer Dogmatik und der daraus abgeleiteten Ethik. Oder wie C.H. Dodd es formuliert: „*Die christliche Religion ist, wie das Judentum ..., eine ethische Religion in dem besonderen Sinne, daß (sic) sie keine letzte Trennung zwischen Gottesdienst und sozialem Verhalten anerkennt.*“¹⁰ Selbst Friedrich Nietzsche meinte, dass eine „*christliche Moral ohne den Glauben an den christlichen Gott*“ irrelevant sei. „*Wenn man den christlichen Glauben aufgibt, zieht man sich damit das Recht zur christlichen Moral unter den Füßen weg.*“ Er verurteilt damit, dass die westliche Zivilisation dabei ist, Gott abzustoßen, während sie an religiösen Werten festhält.¹¹ Und Max Horkheimer, einer der Gründungsväter der neomarxistischen Frankfurter Schule bekannte am Ende seines Lebens: „*Alles was mit Moral und Menschlichkeit zusammenhängt, geht auf die biblische Botschaft zurück.*“¹²

⁸ *Mangalwadi Vishal*, Das Buch der Mitte: Wie wir wurden, was wir sind: Die Bibel als Herzstück der westlichen Kultur, Basel: fontis 2023.

⁹ *Schirrmacher Thomas*, Ethik. Bd. 1., Hamburg /Nürnberg: VTR / Reformatorischer Verlag ⁵2021, S. 19.

¹⁰ *Schirrmacher Thomas*, Ethik. Bd. 1., Hamburg /Nürnberg: VTR / Reformatorischer Verlag ⁵2021, S. 21.

¹¹ *Vatter Stefan*, Exploration Gott. Was unsere Gesellschaft jetzt braucht, Freiburg im Breisgau, Herder 2020, S. 159.

¹² *Ebd.*, S. 160.

Nun stehen sich in einem säkularen Staatsgefüge und der Religion unterschiedliche ethische Werte gegenüber. Wie gehen wir damit um? In vielen Bereichen des ethischen Handels werden die Religionsgemeinschaften und die Politik übereinstimmen. Allerdings besteht die Tatsache, dass Gesetze beschlossen werden, die die Meinungs- und Glaubensfreiheit einschränken. Hier ist ein Zusammenwirken der Politik und der Religionsgemeinschaften unersetzlich. Nur gemeinsam wird es möglich sein, ein friedliches und wohlgesonnenes Miteinander in unserem Land zu ermöglichen.

Eine wesentliche Frage, die wir als Freikirchen zu wenig verankert sehen, ist der „Lebensschutz“ für ungeborene Kinder, Familien und am Ende des Lebens. Das Leben eines Menschen hat für uns den höchsten Stellenwert, angefangen von der Zeugung bis hin zum würdevollen Sterben. Schließlich geht es um die Würde des Menschen. In einem Beitrag der „Robert Bosch Stiftung“, dessen Namensgeber als liberaler Demokrat bezeichnet wurde, lesen wir über „Menschenwürde“: „*Der Anspruch jedes Menschen auf Würde garantiert Artikel 1 unseres Grundgesetzes seit über 75 Jahren. Er verpflichtet die staatlichen Gewalten, die Menschenwürde zu schützen. Menschen dürfen nicht zum bloßen Objekt degradiert werden. Diese Botschaft von Artikel 1 steht als Generalklausel vor allen anderen Grundrechten. Sie ist damit die wichtigste Regel des Grundgesetzes und Verpflichtung des Staates.*“¹³

Inwieweit wird unser politisches und religiöses Handeln davon bestimmt? Welchen Wert messen wir dem Menschen bei, der eine andere Hautfarbe hat, dessen Herkunftsland nicht Europa ist, der sich geschlechtlich oder moralisch unterscheidet und nicht unserer Religion angehört? Jedoch darf dieser „Anspruch auf Menschenwürde“ nicht die Freiheit anderer Menschen oder Religionsgemeinschaften verletzen, indem man sich darüber hinwegsetzt und ethische, sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit verunglimpft. Mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit muss ebenso würdevoll umgegangen werden.

4. MIGRATION

Wir leben in einer sehr komplexen Welt, einer paradoxen Paranoia, zwischen einem gesunden nationalen Bewusstsein und einem Nationalismus, der andere Ethnien ausgrenzt. Das weltweit bekannte Lied, „We are Family“, das 1979 von Nile Rodgers und Bernard Edwards geschrieben, und – gesungen von „Sister Sledge“ – in den Charts Nummer 1 wurde, drückt dieses „Zusammenrücken“ als eine weltweite Familie aus. Beim Anschlag auf die USA, im September 2001 wurde dieser Song zur nationalen Hymne der Amerikaner. Wir sind eine große globale Familie! Sind wir das wirklich?

Wir reden davon, dass die Welt zu einem globalen Dorf geworden ist, aber ist dem so? Die Aufrüstung der Militärs, der wachsende Nationalismus, das Aufstreben der Diktaturen sowie die Verbannung von Migranten – nicht nur in Europa – lassen das Gegenteil erahnen. Migration und ganze

¹³ Robert Bosch Stiftung, Was bedeutet Würde eigentlich?, in: <https://www.bosch-stiftung.de/de/news/was-bedeutet-wuerde-eigentlich> [abgerufen am 18.4.2025].

Völkerwanderungen sind Teil der Geschichte des Menschen überhaupt. Doch wie gehen wir damit um, in unserem beschaulichen Österreich als Politiker und Religionsgemeinschaften? Gerade Österreich hat eine reiche Tradition an Menschen mit unterschiedlichen Ethnien, von der wir bis heute profitieren und eine großartige Vielfalt erleben können. Als christliche Religionsgemeinschaft nehmen wir Anleihe von den Schriften des Alten Testamentes, indem Gott seinem Volk Israel die Anweisung gab, Fremde, Ausländer aufzunehmen. (z. B. 3 Mo 19,34 u. a.), sie nicht zu verachten und am allgemeinen Leben teilhaben zu lassen. Sie sollten nicht ausgegrenzt werden, jedoch auch nicht gegen die Sitten und Gebräuche des Volkes Israel rebellieren. Als Christen des Neuen Bundes gibt uns das Liebesgebot Jesu einen wesentlichen Grund dafür, allen Menschen in Respekt, Würde und Anerkennung entgegen zu kommen. Wenn Christus uns in seiner berühmten Bergpredigt sogar dazu ermutigt, unsere Feinde zu lieben (Mt 5,44), haben Migranten, ob nun legal oder illegal eingereist, einen besonderen Stellenwert. Angesichts der aktuellen weltweiten Entwicklung von menschenfeindlichen Ideologien, politischen wie religiösen Terrorakten, wo Menschen verachtet und verfolgt werden – insbesondere auch die weltweite Christenverfolgung zunimmt – müssen sich in einem demokratischen freien Land wie Österreich, Politik und Religionsgemeinschaften verbinden, um Menschen die politische oder religiös-motivierte Verfolgung erleiden, oder auch in lebensbedrohlichen wirtschaftlichen Situationen leben, annehmen und aufnehmen. Dass dies mit Bedacht, klaren Regeln und einem gemeinsamen Vorgehen der gesamten EU geschehen soll, ist wesentlich zu bedenken. Was uns als Religionsgemeinschaften betrifft, haben wir eine große Aufgabe gegenüber „Fremden“, Menschen aus anderen Ethnien. Gerade die christliche Religion hat in ihrer 2000-jährigen Geschichte vielfach bewiesen, dass sie jedem Menschen in Respekt und Anerkennung gegenübertritt und Flüchtlinge aufnimmt, versorgt und ihnen – soweit wie möglich – ein Leben in Freiheit ermöglicht. Dies wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine große Herausforderung bleiben. Der „Liebesdienst“ an allen Menschen ist und bleibt Auftrag des christlichen Glaubens und Lebens.

Schlussgedanken

Es gibt Bereiche, die der Politik vorbehalten sind, z. B. einen Rahmen zu schaffen, in dem alle Menschen unseres Landes, Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, eingebürgerte Menschen sowie Migrantinnen und Migranten ein freies und lebenswertes Leben führen können. Einen Rahmen, indem die Rede-, Gewissens- und Glaubensfreiheit für jeden Menschen garantiert ist. In diesem Rahmen besteht auch die Pflicht eines jeden Menschen, sich einzuordnen und das Wohl des Staates und des Nächsten zu wahren. Als Religionsgemeinschaften haben wir einerseits die Verantwortung im vorgegebenen Rahmen der Gesetze, den Staat in seinen Aufgaben zu unterstützen, insbesondere in den oben genannten Themenbereichen, andererseits auch die Freiheit, den Menschen in spirituellen, bzw. seelsorgerlichen Belangen und in lebensbedrohenden Situationen beizustehen und ihnen zu

helfen. Da vor allem in religiösen, kirchlichen Einrichtungen in Bezug auf Flüchtlingsarbeit, gemeinnützige und soziale Dienste überwiegend ehrenamtliche Tätigkeit geleistet wird, könnte der Staat durch gezielte Förderungen unterstützen. Denkbar wäre hier auch die Spendenabsetzbarkeit für „Körperschaften öffentlichen Rechts“ (KÖR) über die zurzeit geltende begrenzte Absetzbarkeit hinaus.

Horst Dreier schreibt in seinem 2017 erschienenen Buch: „Staat ohne Gott, Religion in der säkularen Moderne“: „*Der Staat soll Frieden stiften und Freiheit gewährleisten, Wohlfahrt und Ordnung garantieren und das Miteinander der Menschen auf eine allseits verträgliche Weise organisieren. Die Antwort auf die letzten Fragen nach dem Sinn unserer Existenz, dem Warum, Woher und Wozu – sie überläßt (sic) er jedem Einzelnen.*“ Bzw. den Religionsgemeinschaften. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat festgehalten, „daß (sic) das Grundgesetz den Staat nicht als den Hüter eines Heilsplanes versteht, kraft dessen er legitimiert erschiene, dem Menschen die Gestaltung seines Lebens bis in die innersten Bereiche des Glaubens und Denkens hinein verordnen zu dürfen.“¹⁴ So gesehen kann es in einem demokratisch-säkularen Staat zu einer fruchtbaren Symbiose zwischen Staat und Religion kommen, wenn beide ihre grundgemäße Aufgabe und Bestimmung respektieren und leben. Einerseits die Anerkennung und Legitimation des Staates und umgekehrt, die Anerkennung und den Respekt den Religionsgemeinschaften gegenüber. Am Rande notiert: Nach einer „Global Flourishing Study“ von 2023 über „Was macht ein gelungenes und glückliches Leben aus?“, erschienen am 3.5.2025 im „derstandard.de“, heißt es u. a.: „*Menschen, die einer Arbeit nachgehen, verheiratet sind, einen höheren Bildungsstand haben und regelmäßig an Gottesdiensten teilnehmen, haben weltweit betrachtet laut eigenen Angaben im Durchschnitt zumeist ein erfüllteres Leben.*“¹⁵

Wenn Staat und Religion, Politik und Religionsgemeinschaften wirksam zusammenarbeiten, wird sich das auf die Gesellschaft positiv auswirken.

Pastor Edwin Jung MA

Präses der Freien Christengemeinden in Österreich

Stvt. Vorsitzender der Freikirchen in Österreich

Gemeinleiter in der FCG Braunau

¹⁴ Dreier Horst, „Staat ohne Gott, Religion in der säkularen Moderne“, München: C.H.Beck 2017 (E-Book), S. 15.

¹⁵ Traxler Tanja, Erste weltweite Studie ergründet Zutaten für ein glückliches Leben, in:

<https://www.derstandard.de/story/300000267842/erste-weltweite-studie-ergruendet-zutaten-fuer-ein-glueckliches-leben> [abgerufen am 7.5.2025]. (fett: E. Jung)